risch die These des »regulativen Wettbewerbs«: Regierungen aus hochreglementierten Ländern sind eher an einer internationalen sozialpolitischen Harmonisierung interessiert als Regierungsvertreter aus mehr liberal orientierten Staaten. Die durchweg homogene Zustimmung der Arbeitnehmervertreter interpretiert der Autor als Anzeichen für eine Verlagerung der innenpolitischen Auseinandersetzungen auf die internationale Ebene und damit für eine »Innenpolitik mit anderen Mitteln«. Da allerdings die Abstimmungsresultate bei der Verabschiedung neuer ILO-Übereinkommen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit deren späterer Umsetzung auf der nationalen Ebene stehen, schließt der Autor auf einen generell symbolischen Charakter der Politikformulierung auf der Internationalen Arbeitskonferenz. Erst die Ratifikation läßt aber eine Antwort auf die Frage zu, inwieweit den Worten Taten folgen, also bei den ILO-Mitgliedstaaten am Ende tatsächlich die Bereitschaft zur rechtlichen Selbstbindung im Wege der nationalen Gesetzgebung besteht.

Dem Ratifizierungsverhalten widmet der Autor deshalb ein eigenes ausführliches Kapitel. Das Ergebnis seiner Untersuchung stützt einerseits die These des regulativen Wettbewerbs, andererseits bleibt die Frage offen, inwieweit die Verbreitung von ILO-Konventionen Effekte auf die Politik der Nachzüglerstaaten hat. Dies ist etwa bei Entwicklungsländern oder den sich im Umbruch befindlichen Ländern des ehemaligen Ostblocks, bei denen sich eben nicht an einer hochentwickelten Struktur des Rechts ansetzen läßt, keine leichte Aufgabe. Senti wählt dafür den Weg einer Gegenüberstellung der Ratifikation von ILO-Übereinkommen einerseits und den nationalen Ausgaben für soziale Sicherheit im weitesten Sinn andererseits. Das Ergebnis ist beeindruckend: »Der signifikante Einfluß der Ratifikation von ILO-Konventionen auf nationale Ausgaben für soziale Sicherheit hält auch einer Kontrolle nach verschiedenen Zeitperioden und alternativen nationalstaatlichen Kontrollvariablen stand. Die Resultate weisen darauf hin, daß die in der bisherigen Forschung vielfach modellierte Trennung von nationalstaatlicher und internationaler Politik für die Erklärung des modernen Wohlfahrtsstaates nicht plausibel ist. Internationale Regime wie die Sozialstandard-Setzung der ILO können einen eigenständigen Einfluß auf die nationale Staatstätigkeit ausüben.« (S. 118)

Teil III der Studie widmet sich eingehend dem »Adoptions- und Ratifikationsverhalten der Schweiz«. Es zeigt sich, daß eine Ratifikation der Übereinkommen nicht notwendige Bedingung für die Effektivität der internationalen Instrumente ist. Das Ausbleiben einer Ratifikation in einem Land bedeutet nicht, daß das Übereinkommen keinen Effekt hat. Viele Staaten weisen eine zurückhaltende Ratifikationspraxis auf, obwohl ihre innerstaatliche Rechtsetzung den Anforderungen der internationalen Übereinkommen im wesentlichen genügen würde. In der Schweiz ist es im Bereich der nichtratifizierten Übereinkommen vor allem dort zu Annäherungen an das internationale Recht gekommen, wo es um die Kompatibilität mit dem europäischen Recht ging. Ziel war offenbar, künftige Anpassungskosten zu reduzieren, um einmal ›beitrittsfähig‹ zu werden. In der Schweiz machte sich jedoch der Einfluß der Volksrechte als Resistenzfaktor gegen Einflüsse von außen insbesondere im Bereich der Arbeitszeitregulierung oder der Sozialversicherungen bemerkbar.

Kritisiert wurde, daß Senti seine Analyse im wesentlichen auf die Schweiz und auf OECD-Länder beschränkt hat. Dieser Kritik wird der sich nicht anschließen, der schon einmal praktisch (sozial-)rechtsvergleichend gearbeitet hat: Die Einbeziehung von Ländern höchst unterschiedlicher Entwicklungsstufe macht die Schlußfolgerungen auf Grund eines Vergleichs notwendig ungleicher Sachverhalte meist eher fragwürdig. Demgegenüber läßt sich in der weiteren politikwissenschaftlichen Diskussion der Auswirkungen des Engagements von Staaten im UN-System auf die empirisch erarbeiteten Ergebnisse Sentis als gesicherte Grundlage Bezug nehmen.

PETER A. KÖHLER ❐

Brühl, Tanja / Debiel, Tobias / Hamm, Brigitte / Hummel, Hartwig / Martens, Jens (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess

Bonn: Dietz 2001
320 S., 12,70 Euro

Daß der Handlungsspielraum der Staaten durch das Agieren der sich immer weiter globalisierenden wirtschaftlichen Kräfte eingeschränkt wird, das glaubt man zu wissen. Daß der amerikanische Multimilliardär Ted Turner den Vereinten Nationen eine Spende in Milliardenhöhe gegeben hat, das hatte man gehört, aber doch eher als die liebenswerte Schrulle eines supereichen Philanthropen registriert. ›Attac‹ kennt heute jeder, aber wer kann schon die Wörter benennen, aus denen sich das Akronym zusammensetzt. Es scheint, daß die ›Citoyens‹ der Welt (für die in ›Attac‹ das C steht) sich weiterhin mehr oder weniger ahnungslos im prächtigen Gebäude ihrer über so lange Zeit und unter so großen Mühen und Opfern entstandenen und dann endlich in der Uno organisierten internationalen Staatengemeinschaft räkeln – ohne zu bemerken, wie durch immer mehr Ritzen in seinem Mauerwerk die Privatisierung der Politik mit all ihren Konsequenzen eindringt.

Die engagierte Vereinigung ›Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung‹ (WEED) und die renommierte, vor eineinhalb Jahrzehnten auf Initiative von Willy Brandt gegründete ›Stiftung Entwicklung und Frieden‹ (SEF) wollen dem mit einer in dieser Weise in der deutschen Literatur wohl erstmaligen Bestandsaufnahme und Analyse entgegenwirken. In ihrem Sammelband behandeln sie das im Zentrum der Globalisierung stehende und besonders interessante Phänomen der Entstaatlichung der internationalen Politik durch Privatisierung und Kommerzialisierung. Angesichts der weltpolitischen Verästelung dieses Themas, aber auch angesichts der fundierten persönlichen Meinungsfreude der (einschließlich des Herausgeberteams) 16 Autorinnen und Autoren dieses Bandes erweist sich das an sich etwas ungewöhnliche Verfahren, den 11 Einzelbeiträgen gleich zwei Einführungen (›Vorwort des Herausgeberteams‹ und ›Einleitung‹) voranzustellen, als durchaus hilfreich.

Im einzelnen werden – immer gut belegt und begründet – der Vormarsch der privaten Megamedien (Reljić), die historische Entwicklung der Privatisierung in der Weltpolitik (van der Pijl), die umstrittene Tätigkeit der privaten Rating-Agenturen (Hillebrand), die Privatisierung und internationale Vermarktung von Sicherheit (Lock) sowie von Menschenrechts-, Umwelt- und Biopolitik durch die großen transnational agierenden Unternehmen (Braun, Maier, Koechlin), dazu die wachsende Bedeutung der – manchmal widersprüchlichen – Funktion von nichtstaatlichen Organisationen (Ludermann) und ihre Bedeutung für die Verwirklichung der Menschenrechte (Liese) behandelt. Besonders massiv tritt das Problem der Entstaatlichung der zwischenstaatlichen Politik durch deren Privatisierung naturgemäß innerhalb des Systems der Vereinten Nationen in Erscheinung.

Es hat, wie in zwei Kapiteln von US-amerikanischen Autoren (Paul, Bennis) aufgezeigt wird, seinen Ursprung in den Vereinigten Staaten der achtziger Jahre, als dort zur Zeit der Reagan-Regierung in der politischen Öffentlichkeit eine starke Anti-UN-Strömung entstand. Sie hatte neben anderen auch nachhaltige wirtschaftliche Gründe und wurde, wie die Autoren präzise darstellen, systematisch von Wirtschaftsinteressen angeheizt. Lobbygruppen setzten sich energisch für die am Eigeninteresse ausgerichteten Ziele der großen Wirtschaftsunternehmen gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft und ihrer Organisation – der UN – ein und waren dabei in der Wahl ihrer Mittel keineswegs zimperlich.

Der bisherige Höhepunkt der auf diese Weise betriebenen Kommerzialisierung der UN ist der von Generalsekretär Kofi Annan – gewissermaßen in einer Art Flucht nach vorne – kurz nach seiner Amtsübernahme auf dem Weltwirtschaftsforum 1997 in Davos vorgeschlagene und inzwischen lancierte ›Globale Pakt‹ zwischen den Vereinten Nationen und einem großen und repräsentativen Teil des weltweit operierenden Unternehmertums. Er wirkt sich seither, wie die Autoren mit zahlreichen Beispielen darstellen und belegen, eindeutig mehr zugunsten der Unternehmen als zugunsten der UN aus (worauf auch Andreas Zumach in VN 1/2002 S. 1ff. hingewiesen hat).

Es ist dies ein lesenswertes, freilich streckenweise auch ein beunruhigendes Buch. Es zeigt, daß die Geschicke der Welt immer weniger nur von der Politik und immer mehr von einer neuen Mischung aus staatlicher Politik und privatem Kommerz geleitet werden. Unklar ist bisher lediglich, ob in diesem Verbund letztlich die Politik oder der Kommerz obsiegen wird. Die Entwicklung ist um so beunruhigender, als bekanntlich schon sehr viel länger auch innerhalb der hochindustrialisierten Demokratien die Rückentwicklung einer in demokratischen Prozessen bestimmten Wirtschaftspolitik zu einer Politik im Interesse der Wirtschaftsoligarchien zu beobachten ist.

HANS ARNOLD ❐